Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

folgt der Schritt den Zweck, Japan das Gesetz des Handelns aus der Hand zu nehmen: Wenn die amerikanischen Schiffe keine Waffen mehr nach China transportieren, so ist ihre Behinderung von Seiten Japans weniger zu befürchten — eine Behinderung, die nur auf Grund einer Kriegsblockade erfolgen dürfte, die dann wohl oder übel zur Anwendung des Neutralitätsgesetzes seinem ganzen Inhalt nach zu führen hätte. Solange das Neutralitätsgesetz nicht zur Anwendung gebracht ist, können auch die in den Vereinigten Staaten ansässigen Chinesen ungehindert Sammlungen zugunsten Chinas betreiben und erhebliche Beträge nach China überweisen. Es mehren sich aber die Stimmen, die eine Ergänzung des Neutralitätsgesetzes empfehlen, die allerdings nicht vor dem Wiederzusammentritt des Kongresses zur Sprache kommen kann. Nach heutigem Rechtszustande ist der Präsident gehalten, das Neutralitätsgesetz zur Anwendung zu bringen, wenn er einen Kriegszustand für gegeben erachtet. Diejenigen Kreise, die den Präsidenten tadeln, weil er einen Kriegszustand nicht als vorhanden erklärt, schlagen nun vor, die Anwendung des Neutralitätsgesetzes von gänzlich objektiven Voraussetzungen abhängig zu machen und dem Präsidenten das Ermessen zu nehmen, das ihm nach der jetzigen Fassung des Gesetzes noch zur Verfügung steht.

In den letzten Jahren hat sich Japan zum Hauptabnehmer für amerikanischen Eisen- und Stahlschrott entwickelt, an dessen Verwendung für Rüstungszwecke kein Zweifel besteht. Die Nachfrage war in diesem Frühjahr zeitweise so groß, daß es zu Verstopfungen an den amerikanischen Häfen kam und die Eisenbahnen es ablehnten, weitere Ladungen zum Versand an die Hafenorte anzunehmen. Unabhängig voneinander bereiten nun drei verschiedene Mitglieder des Kongresses einen Gesetzentwurf vor, der die Schrottausfuhr bereits in Friedenszeiten von einer Genehmigung des Staates abhängig macht. Damit könnte der erste Schritt in der Richtung einer Ausgestaltung des bisherigen Neutralitätsrechtes der Vereinigten Staaten zu einem Kriegsverhütungsrecht getan werden.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Neue wirtschaftliche Einsichten. / Kritik am Vorschlag zu den Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die Maschinenfabrik Oerlikon zusammen mit dem Vortrag aus der früheren Rechnung einen verfügbaren Gewinn von 2,172,656.76 Franken. Zum großen Teil stammte dieser Vorschlag aus dem Abwertungsgewinn. Nach den bisherigen Statuten hätten auf die 16 Millionen Aktienkapital 5 % Dividende an die Aktionäre verteilt werden müssen, was besonders nach der langjährigen Ertragslosigkeit der Aktien gewiß zu verstehen gewesen wäre. Mit dem gewaltigen Mehr von 27,595 Ja gegen 2368

Nein hat jedoch die Generalversammlung einem Antrag des Verwaltungsrates auf Statutenrevision beigepflichtet, wonach durch Rückzahlung von 50 Franken pro Aktie eine Reduktion des Aktienkapitals von 16 auf 14 Millionen Franken durchgeführt werden soll. Gleichzeitig werden volle 2 Millionen Franken zur Äufnung des Personalfürsorgefonds der Unternehmung verwendet. Diese Maßnahmen zeitigen beachtenswerte Folgen. Obschon die Aktionäre einer effektiven Leistung teilhaftig werden, indem ihnen die Aktiengesellschaft von dem einbezahlten Kapital wieder etwas zur Verfügung stellt, kann man doch in diesem Vorgehen nichts anderes als eine Benachteiligung der Aktionäre sehen. Wenigstens auf den ersten Blick und deshalb, weil der seit langen Jahren erstmals wieder in Erscheinung tretende Gewinn ihnen vorenthalten wird. Gräbt man aber tiefer in den Gründen dieser Geschäftspolitik, so wird man darin unfehlbar Züge des Weitblickes und hoher sozialer Gesinnung erkennen. Einmal vermindert sich infolge der Kapitalreduktion — die nun zum zweiten Mal gepflogen wird — der Passivenbetrag des Unternehmens ganz erheblich, sodaß auch bei geringerer Rentabilität in Zukunft eine Dividende erwartet werden kann. Von überragender Bedeutung ist jedoch die große Einlage in den Fürsorgefonds des Personals, welche nicht nur den Arbeitswillen und die Arbeitsfreudigkeit der Beschäftigten fördert, sondern darüber hinaus noch eine wirtschaftliche und persönliche Festigung des ganzen Unternehmens mit sich bringt. Übrigens dürfte sich diese Maßnahme auch insofern für die zukünftigen Rechnungen günstig auswirken, als man nicht mehr genötigt sein wird, den Betrieb durch Aufwendungen für solche Zwecke in gleich starkem Maße zu belasten wie bislang. Die „Schweiz. Handelszeitung", die, nebenbei gesagt, Nachwirkungen dieses Geschäftsgebarens auf die Aluminium-Industrie Neuhausen für möglich hält, fragt sich allerdings, ob nicht die übertriebene Liquidität des Unternehmens auch zur künftigen Rentabilitätsminderung führen könne und ob nicht bei allfälligem Bedürfnis nach Fremdkapital der Aktiengesellschaft aus ihrer Politik Schwierigkeiten erwachsen könnten. Diese Bedenken treten aber zurück hinter der Hauptsache:

Eine neue Auffassung des industriellen Unternehmens ist hier zum Durchbruch gelangt. Lag der Akzent unserer Maschinenindustrie früher auf dem zu erzielenden Gewinn, so hat sich jetzt in erster Linie eine Zusammenarbeit aller am Unternehmen Beteiligten angebahnt. Endlich kommt wieder einmal an einer Stelle die persönliche Verantwortung zum Ausdruck, indem die Hauptaktionäre — die Aktien sind vorwiegend in Familien- und Direktionsbesitz, und den Verwaltungsrat präsidiert Prof. Max Huber — ohne äußeren Zwang dasjenige vorkehren, was zwar wohl dem Unternehmen, nicht aber ihren vordersten persönlichen Interessen dient. Die bedeutsame Wendung in der Finanzpolitik kennzeichnet sich auch dadurch, daß der Grundsatz befolgt wurde: „Es sollten von einem industriellen Unternehmen keine Dividenden ausbezahlt werden, die nicht effektiv verdient worden sind aus dem industriellen Betrieb und aus normalen Erträgnissen von Geldanlagen. Ferner soll mit der Ausschüttung von Dividenden nicht begonnen werden, solange nicht begründete Aussicht besteht, daß der Betrieb einen angemessenen Ertrag abwirft." Es ist etwas Großes und bildet einen Lichtblick für die Zukunft, wenn Aktionäre ihr eigenes Interesse so hintanstellen und in erster Linie für Bestand und Gedeihen des Unternehmens sorgen. Das wird auch überall gewürdigt. Die bereits erwähnte „Handelszeitung" schreibt: „Wir begrüßen es, wenn unsere Industrien alles daran setzen, um schroffe Auseinandersetzungen zu vermeiden und sind überzeugt, daß die Früchte nicht ausbleiben werden"; ja selbst das „Volksrecht" sieht in diesen Maßnahmen eine „vernünftige und nachahmenswerte Dividendenpolitik".

* * *

Als seinerzeit die jetzige Bundesverfassung geschaffen wurde, hatte man es leichter, die Wirtschaftsartikel zu formulieren. Ohne jeden Zweifel besaß der liberale Gedanke die Oberhand, und so gab es damals eigentlich gar keine Kämpfe zwischen verschiedenen Richtungen zu bestehen. Nicht umsonst sind die geltenden Artikel 31, 32 und 34ter so klar und — man möchte dazu sagen — so naiv formuliert. Heute ist diese Klarheit überholt. Die wirtschaftliche Gedankenwelt gleicht nicht mehr einem einzigen weiten Meer, sondern einer ganzen Anzahl von kleinen Meeren, in denen jede politische Gruppe ihre besonderen Wirtschaftsgedanken aufgespeichert hat. Von einer einigermaßen einheitlichen oder auch nur überwiegenden Meinung kann kaum die Rede sein. Darum konnte der Bundesrat die begutachtende Kommission für die Wirtschaftsgesetzgebung nur aus den Vertretern der verschiedensten Wirtschaftsauffassungen zusammensetzen, und darum ergab sich schließlich auch ein Vorschlag zur Änderung der genannten Wirtschaftsartikel, welcher ein Schulbeispiel für Kompromißarbeit darstellt. Einen wirtschaftlichen Stil besitzt es nämlich nicht. Ich möchte diese Tatsache indessen den Anträgen nicht zum Vorwurf machen, denn bekanntlich ist das Wirtschaftsleben heute so kompliziert, daß eine strikte Regelung nach bestimmten einheitlichen Grundsätzen nicht nur undurchführbar, sondern wohl auch schädlich wäre. Wir sind davon überzeugt, daß für verschiedenartige Verhältnisse auch verschiedenartige rechtliche Regelungen gesucht und gefunden werden müssen. In diesem Sinne ist also unsere Kritik am Kompromißcharakter kein Vorwurf. An sich darf man sich auch darüber freuen, daß sich die Exponenten der verschiedensten Wirtschaftssysteme zu einem Verständigungswerk bereit gefunden haben.

Dagegen war es natürlich nicht gesagt, daß nun mit den neuen Wirtschaftsartikeln unbedingt die Freiheit gemindert, die polizeilichen Eingriffe vermehrt, der Zentralismus gefestigt und als neueste Errungenschaft gar noch die positive Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Landwirtschaft und Fremdenverkehr stipuliert werden mußte. Weit wichtiger wäre es gewesen, der Privatwirtschaft einen möglichst großen Spielraum zur selbständigen Entfaltung unter eigener Verantwortung zu lassen. Allerdings weist auch der Entwurf zur Partialrevision der Bundesverfassung entsprechend seinem Kompromißcharakter in dieser Hinsicht einen Fortschritt auf, indem er, dem berufständischen Gedanken entgegenkommend, die Möglichkeit zu einer behördlichen Allgemeinverbindlich-Erklärung von Beschlüssen von Berufsverbänden über Berufsbildung und Arbeitsbedingungen ins Auge faßt. Aber es besteht natürlich keine Gefahr, daß die weitere Entwicklung, zu welcher die vorgeschlagenen Artikel ja nur die Grundlage bilden sollen, zuerst in dieser Richtung gehe. Es ist derzeit mehr Mode, den Staat zu engagieren, und so dürfte sich die Zukunft auch angelegen sein lassen, besonders die staatliche Förderung der verschiedenen Wirtschaftsgruppen durch Geld und andere Vorteile zu pflegen. Auch dürfte in ergiebigem Maße allerhand geschehen „zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft" sowie „zum Schutze von wichtigen, in ihrer Existenz gefährdeten Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen". Dabei wird es nicht fehlen, daß man den Begriff der „Gesundheit" wirklich so auslegt, daß es einem wohl bekommt! Es wäre indessen müßig, heute die Forderung nach einem stärkeren Zurücktreten des Staates von der Wirtschaft und nach einem Verlegen des Akzentes auf die reine Privatwirtschaft und ihre Verantwortung durchsetzen zu wollen. Unsere Zeit ist dazu noch nicht reif. So muß man sich damit begnügen, wenn die Vorschläge wenigstens dem Prinzip nach eine dahinzielende Entwicklung nicht ausschließen, wenn sie sich allenfalls einmal Bahn brechen wollte. Wenn daher das „Vaterland" den Finger darauf legt, daß die Vorschläge nicht ein fertiges künftiges Wirtschaftsgebäude setzen wollen, sondern daß mit einer Entwicklung gerechnet werden müsse, in der sich die neuen Gedanken erst zu bewähren hätten, so

trifft es wohl das Richtige. Es wird aber der vollen und ganzen Anstrengung derjenigen bedürfen, die sich dem Zentralismus und den Staatsinterventionen entgegenstellen, um im Falle der Annahme der neuen Artikel den Freiheitssinn und die Verantwortungsfreude des Schweizervolkes in der Weise wach zu rufen, daß sich die Gesetzgebung einfach nicht mehr in der bisherigen Richtung weiter entwickeln kann. Auch wenn z. B. die Welschen mit ihren sehr berechtigten Bedenken im Abstimmungskampfe unterliegen würden, so bliebe ihnen doch immer noch das verantwortungsvolle Amt, die Grundsätze der Freiheit, des Berufsstandes und des föderalistischen Aufbaues unseres Vaterlandes zu verteidigen.

Bülach, den 9. November 1937. Walter Hildebrandt.

Zur politischen Lage.

Der Beobachter der politischen Lage kann nachgerade kaum mehr etwas Ungewohntes darin erblicken, daß schon seit Jahren, verstärkt aber in den letzten Monaten, im Bereiche Mittel- und Osteuropas mit ziemlicher Regelmäßigkeit ein Wetterleuchten stattfindet. Denn diese plötzlichen, blitzartigen Beleuchtungen, die in der Regel unverzüglich wieder abzuklingen pflegen, sind nicht nur den Tatsachen nach, sondern auch ihres tieferen Sinnes wegen begründet: es ist, als sollten sie der Welt in fast regelmäßigen Absätzen in Erinnerung rufen, daß in jenen Gebieten eben doch der Zentralpunkt kommender Konflikte größten Ausmaßes sich befindet — die wundeste Stelle Europas, deren kleinste Zuckungen vielleicht bedeutsamer sind als in ihren Ausmaßen größere Ereignisse in andern Bezirken der Welt. So mag man denn heute noch so viel über die Auswirkungen des spanischen Konfliktes, über die Bewegungen an den Küsten des Mittelmeeres, ja über das immer dringender werdende Kolonialproblem nachdenken — in letzter Linie könnten eines Tages alle diese Probleme zurücktreten vor der alles überragenden Frage, ob die Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa ohne Krieg einer Lösung entgegenzuführen sind.

Es wäre nun natürlich übertrieben, z. B. die scharfe Betonung der deutschen Kolonialansprüche unter diesem Gesichtspunkt als Diversion zu bezeichnen und auf diese Weise zu bagatellisieren, wie dies hie und da geschieht. Und doch liegt etwas Wahres in dieser Auffassung; wer irgendwie Gelegenheit hatte, den wahren Beweggründen der deutschen Außenpolitik — auf lange Sicht betrachtet — näher zu kommen, wird unschwer erkennen, daß das letzte Ziel dieser deutschen Politik die „Vereinigung" der mittel- und osteuropäischen Probleme darstellt, wie sie in Berlin aufgefaßt wird. Über und hinter all diesen Beweggründen aber wird immer wieder die Persönlichkeit Hitlers erkennbar, der, aus seiner österreichischen Abstammung heraus, mit fanatischem Zielstreben auf die Liquidierung dieser deutschen Lebensprobleme unentwegt hinarbeitet.

Man wird sich in den Weststaaten der ehemaligen Entente über diese Einstellung, die übrigens in Paris genau genug bekannt ist, nicht beklagen dürfen. Hat doch der Friede von Versailles in keinem andern Teilgebiet so wie in diesem recht eigentlich die Grundlage für kommende Konflikte geschaffen. Vor allem die beiden Probleme: Deutschösterreich und die Tschechoslowakei sind es, die seit Jahren immer wieder unwillkürlich zu vorderst an der Rampe der politischen Bühne Europas erscheinen, um, wenn sie wieder verschwinden, bestimmt nach kurzer Zeit erneut aufzutauchen. Seitdem nun im Gefolge der Achsenpolitik das Problem Österreich vorübergehend etwas zurückgetreten ist — man täusche sich nicht darüber, daß es sich hier tatsächlich nur um eine vorübergehende „Verdunkelung" handelt, wie auch der Achsenpolitik als solcher der Kern des Künstlichen innewohnt, und ihr darum mehr als allen ähnlichen Kombinationen der Stempel des Vergänglichen aufgedrückt ist —, sind es insbesondere die tschechoslowakischen

Fragen, die immer wieder die besorgte Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich lenken.

Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß das sudetendeutsche Problem im Rahmen der in Versailles geschaffenen Tatbestände des Staatsaufbaus und der politischen Geographie unlösbar ist. Das Sudetendeutschtum wird im tschechoslowakischen Staat stets ein Fremdkörper bleiben, dessen zentrifugale Bewegung von Außen mehr und mehr unterstützt wird, je stärker die Entwicklung Deutschlands zur gleichberechtigten und gleichbedeutenden Großmacht fortschreitet. Wir glauben auch, daß es der rein tschechischen Staatsführung in Prag nicht einmal mehr viel nützen würde, wenn sie heute ihre Politik der Bedrängung, der systematischen Zurückstellung und der Entnationalisierungsversuche gegenüber dem deutschen Element aufgäbe und selbst über die kulturelle Autonomie mit sich reden ließe, was übrigens denkbar unwahrscheinlich ist. Nach beinahe zwanzig Jahren zwangsweiser Einschachtelung in einen fremden Staatskörper, dessen Leitung gegenüber dem fremden Volksteil von Anfang an auf Agressivität eingestellt war — über deren historisch-psychologische Begründung soll hier nicht debattiert werden (auch die Tschechen sind ja einmal unterdrückt worden) —, nach dieser Periode des Leidens und der entrissenen Freiheit strebt das Sudetendeutschtum über die Grenze, der Vereinigung mit seinen Stammesgenossen entgegen, deren neue politischen Prinzipien des Staatsausbaus und der Führung zudem in den Kreisen der sudetendeutschen Jugend mächtig gezündet haben.

Stünde nicht der vernünftige und im Grunde nicht nationalsozialistisch eingestellte ehemalige Turnführer Konrad Henlein an der Spitze der Partei — wer weiß, ob nicht bereits nichtwiedergutzumachendes Unglück entstanden wäre. Denn das Streben zum größeren Reich ist mit dem Wachsen seiner Geltung immer unaufhaltsamer geworden, und wenn es bis heute nicht zu blutigen Ereignissen gekommen ist, so darf man ruhig von einem großen Verdienst Konrad Henleins sprechen, ganz im Gegensatz zu den tendenziösen, oft auf Unkenntnis der Verhältnisse beruhenden Informationen, die diesen Mann als treibenden Hetzer und Sezessionisten darstellen. Ganz das Gegenteil ist richtig: denn Henlein weiß sehr genau, daß die Tschechen einer Rebellion aus dem sudetendeutschen Volksteil heraus mit dem blutigen Einsatz aller Waffen begegnen würden, daß aber anderseits dadurch die Gefahr eines europäischen Krieges direkt unvermeidlich werden müßte. Denn rebus sic stantibus ist der tschechoslowakische Staat aus Gründen seiner wirtschaftlichen Erhaltung wie auch seiner staatspolitischen Existenz überhaupt auf seinen sudetendeutschen Teil angewiesen; dessen Verlust müßte den verbleibenden slavischen Torso aus Tschechen und Slovaken über kurz oder lang nicht nur die wirtschaftliche Selbständigkeit kosten, sondern im Wege der naturgegebenen Aufsaugung durch geschlossene, größere slavische Volksteile (Polen, Rußland) sein staatspolitisches Ende bedeuten. Das weiß man in Prag und das läßt sich auch nicht ändern. Und so wird dieser Staat jenem fast unlösbar scheinenden Konflikt zwischen den Bedingungen seiner Erhaltung und den gegensätzlichen, von Außen unterstützten zentrifugalen Bestrebungen ausgeliefert sein, dessen Lösung, so bedauerlich es klingen mag, in Würdigung der gegebenen Sachlage und der divergierenden Bestrebungen wohl kaum anders als durch kriegerische Auseinandersetzung gefunden werden kann.

Die Ereignisse in Teplitz, wo es zu Zusammenstößen zwischen einer Konrad Henlein feiernden Menge und der Staatsgewalt kam, bei der sudetendeutsche Abgeordnete mit dem Gummiknüppel bedacht wurden, haben wieder einmal die Schärfe der Spannungen aufgezeigt. Die scharfe Reaktion Henleins, der in einem offenen Brief an den Präsidenten der tschechoslowakischen Republik unumwunden die Autonomie des Sudetendeutschtums forderte, war nun allerdings wohl in erster Linie dazu bestimmt, die ungeheure Erregung der sudetendeutschen Anhängerschaft aufzufangen und vorläufig abzuleiten; sie beweist aber anderseits eine vor Jahren noch nicht vorhandene Rückenversteifung der sudetendeutschen Bewegung, die nur

aus dem inzwischen eingetretenen Machtzuwachs des Deutschen Reiches erklärt werden kann. Wie üblich, hat die deutsche Presse auch hier wieder Henlein eine kurze Zeit in heftiger Weise sekundiert, um dann aber bald wieder in die von oben befohlene Stille zu verfallen, die indessen nicht mehr beweist, als daß die Zeit für Weiteres noch nicht reif ist.

* * *

Die als bereits in Aussicht stehend angedeutete Unterstützung der deutschen Kolonialforderungen durch Italien ist nun inzwischen in einer Rede Mussolinis in der denkbar massivsten Form erfolgt und in einer Formulierung, die doch geeignet ist, ein gewisses Erstaunen zu wecken. Die Betonung des deutschen Anspruches auf einen Platz an der südlichen Sonne Afrikas nimmt sich im Munde des Vertreters eines Landes recht seltsam aus, das in den winterlich-nördlichen Bezirken der Alpen dem deutschen Volk den schwersten Eingriff in sein eigenes Fleisch zugefügt hat. Wir glauben auch kaum, daß sich das deutsche Volk seine Ansprüche auf die wackeren Tiroler jemals im Wege eines Abtausches gegen einige Neger- und Kaffernstämme enthandeln lassen wird, woran auch das nichts ändert, daß der Tausch natürlich auf fremde Kosten, nämlich britische, erfolgen soll. Doch das sind Dinge, die durchaus in der Zukunft liegen.

* * *

Inzwischen wird die Politik der Achse in folgerichtiger Weiterentwicklung fortgetrieben. In Spanien ist ihr durch das allmählich immer stärker werdende Überwiegen der Nationalisten ein gewisser Erfolg erwachsen, und unter diesen Umständen war eine verhältnismäßige Verständigung im Nichteinmischungskomitee möglich. Immerhin wird man auch heute bei der Beurteilung der Lage in Spanien und ihrer Aussichten zurückhaltend sein müssen. Die Verstärkung der roten Position mit Material hat im Gefolge der durch das Abkommen von Nyon wiederhergestellten Freiheit des Schiffsverkehrs im Mittelmeer ganz erheblich zugenommen, was kaum darauf schließen läßt, daß Rußland bereits heute entschlossen ist, die Segel zu streichen. Trotzdem aber dürfte doch, bei aller Berücksichtigung der verschiedensten retardierenden Elemente, der gelegentliche Sieg Francos im Bereiche des Wahrscheinlichen liegen.

Selbstverständlich wäre dies, nach den heute geltenden Annahmen, als großer Erfolg der Achsenpolitik zu werten. Anderseits haben sich in den letzten Tagen gewisse Perspektiven aufgetan, unter deren Bestand der schäumende Wein des heißersehnten Erfolges in Spanien vielleicht doch einen leichten Stich bekommen könnte. Die englische Politik nämlich hat die wahrscheinlich bevorstehende Wendung auch gemerkt und beginnt, sich darauf einzustellen, wie auch nicht ohne Grund vermutet wird, daß Frankreich ebenso unter der Hand in dieser Richtung bereits vorgesorgt hat. Die Engländer treiben ein nicht ganz leichtes Spiel und es ist sehr fraglich, ob ihnen dieses in vollem Umfange gelingen wird. Wenn es aber tatsächlich so weit kommen sollte, daß im Augenblick eines Sieges Francos die ausländischen Freiwilligen nicht mehr vorhanden wären, so dürfte der Zweck des englischen Spiels erreicht sein und es könnte dann letzten Endes darauf herauskommen, daß Mussolini und seine Italiener in letzter Linie die heißen Marroni für die Engländer aus dem spanischen Feuer geholt hätten. Immerhin ist bei der Geschicklichkeit Mussolinis und bei der bereits mehrfach bewiesenen prompten Einsatzbereitschaft der Achsenpolitik ein solches Ergebnis noch sehr fraglich — unmöglich allerdings wäre es nicht.

Denn Franco wird am Ende der Sieger über ein verwüstetes Land sein. Und er wird nach Abschluß des Krieges ohne große Mengen fremden Kapitals nicht weiter kommen. Es liegt auf der Hand, daß ihm dieses von den Achsenmächten nicht zur Verfügung gestellt werden kann, sondern nur von jenen Mächten, die der

gegnerischen Gruppe angehören. Diese Überlegung spielt natürlich eine große Rolle in der englischen Politik. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Umfang jenes Spiel gelingt und ob der präsumptive Erfolg der Achsenpolitik in Spanien zu einem geringen oder großen Teil wieder paralysiert wird.

* * *

Daß aber die Engländer heute bereit sind, das Möglichste zur Erreichung dieses Ziels zu tun, ist anzunehmen, nachdem sich die Gegensätze der beiden Gruppierungen trotz der Verständigung im Londoner Ausschuß erneut verschärft haben. Die Erweiterung des deutsch-japanischen Antikomintern-Paktes durch den Beitritt Italiens und seine gleichzeitig erfolgte stimmungsmäßige Reaktivierung zeigt eine Lage, in der wir Italien, aber nun auch Deutschland, in gesteigerter Gegnerschaft nicht etwa nur zu Rußland, sondern zu England finden, dessen Interessen ja tagtäglich mehr durch die Politik Japans verletzt werden. Nur sieht man heute nicht recht, auf welchem Wege die immer mehr antienglisch eingestellte Achsenpolitik für ihre beiden Träger zu einem greifbaren Erfolg führen soll. Denn, rein realpolitisch gesehen, hat die offensive Führung der Achsenpolitik im Grunde, mit Ausnahme von Spanien, wohl viel Theaterdonner, aber, auf lange Sicht betrachtet, verhältnismäßig wenig machtpolitisch wirklich ins Gewicht fallende Erfolge aufzuweisen und dabei ist es heute zudem noch fraglich, ob wenigstens in Spanien ein solcher Erfolg tatsächlich in Aussicht steht. Die Engländer jedenfalls werden heute mehr als je ihre Mittel in der Gegenrichtung einsetzen.

Sie werden sich dazu umso mehr veranlaßt sehen, als ihre übrigen Positionen in letzter Zeit, wenigstens in Ostasien, aber auch an den Küsten des östlichen Mittelmeers, empfindlich geschwächt worden sind. Die täglichen Verluste Großbritanniens im Fernen Osten sind beträchtlicher als alle andern und man sieht tatsächlich nicht, wie und bei welcher Gelegenheit diese wieder aufgeholt werden sollen. Allerdings verfügt das Britische Reich durch seine die ganze Welt umspannenden Wirtschaftsbeziehungen auch über weit mehr Reserven als die andern Länder und es ist deshalb in der Lage, Verluste zu ertragen, die für andere existenzbedrohend sein könnten. Die Verluste werden in diesem Fall allerdings auch ertragen werden müssen, denn Japan ist keineswegs gewillt, von seinen Forderungen auch nur das Geringste abzulassen, solange es nicht damit rechnen muß, daß die geschädigten Mächte mit militärischen Mitteln eingreifen. Davon kann aber heute noch nicht die Rede sein.

Deshalb dürfte auch die zurzeit tagende Konferenz in Brüssel ohne greifbares Ergebnis bleiben. Immerhin ist durch die Beteiligung der Vereinigten Staaten deren zunehmende Bereitschaft zum Anschluß an die westliche Gruppe sinnfällig zum Ausdruck gebracht. Die Entwicklung geht also in einer Richtung weiter, die man bereits wiederholt beobachten konnte. Dabei ist allerdings von einer machtpolitisch aktiven Koalition noch keine Rede. Trotzdem ist diese Entwicklung beachtenswert, weil sie für die Zukunft sehr viel bedeuten kann. England aber wird bis zur relativen Vollendung seiner Aufrüstung, über deren Termin allerdings gar nichts feststeht, seine bisherige Politik weiterführen, die darin besteht, die Züge der Achsenpolitik auf dem weltpolitischen Schachbrett nach Möglichkeit zu durchkreuzen, vorläufig aber eher die eine oder andere Position fallen zu lassen, als einen irgendwie entscheidenden Einsatz zu wagen, eben bevor nicht seine Rüstung eine solche Politik erlaubt. Es wird dabei unentwegt Frankreich als folgsamen Verbündeten an seiner Seite haben, dessen innerpolitische Lage sich übrigens in letzter Zeit einigermaßen zu stabilisieren beginnt, wie das Ergebnis der Provinzialwahlen gezeigt hat.

So hat sich denn in den letzten Wochen die Gegensätzlichkeit zwischen den beiden Mächtegruppen eher noch verschärft und es ist aus diesem Grunde auch verhältnis-

mäßig wenig verwunderlich, daß nun auch die wirtschaftliche Konjunktur, die sich vor einem Jahre so schön angelassen hatte, allmählich wieder zu versanden droht, wobei einstweilen allein die Rüstungsbedürfnisse der verschiedenen Länder daran schuld sind, wenn die Konjunktur nicht überhaupt in ihr Gegenteil umgeschlagen hat.

Ein Anzeichen dafür, wie groß die Gegensätze zwischen den beiden Mächtegruppen in Europa bereits geworden sind, ist auch in der völligen Erledigung aller Bestrebungen zum Abschluß eines Westpaktes zu erblicken. Ein Beispiel dafür bietet die am 13. Oktober erfolgte deutsche Erklärung gegenüber Belgien, welche die Unabhängigkeit Belgiens in gleicher Weise garantiert und das Reich zur Beistandsleistung verpflichtet, wie dies vor einigen Monaten seitens Englands und Frankreichs in gleichzeitiger Erklärung erfolgt ist. So erfreulich nun an sich diese beiderseitige Befriedungsaktion an einem der exponierten Punkte Europas sein mag, so sehr muß doch darauf verwiesen werden, daß das getrennte Vorgehen der Mächte in der Frage der belgischen Unabhängigkeit den vorläufigen Untergang der Bestrebungen kennzeichnet, die darauf abzielten, das Vertragswerk von Locarno wieder aufzurichten. Die Spannung zwischen den Mächten ist eben bereits so groß geworden, daß zurzeit an eine gemeinsame Inangriffnahme der europäischen Probleme nicht zu denken ist.

Zürich, den 8. November 1937.

Jann v. Sprecher.

Bücher Rundschau

Kernfragen im deutschen Kirchenkampf.

Rudolf Grob: „Der Kirchenkampf in Deutschland. Kurze Geschichte der kirchlichen Wirren in Deutschland von 1933 bis Sommer 1937. Zwingli-Verlag Zürich 1937. 109 Seiten.

Ein umstrittenes Buch! Professor Karl Barth meint vom Verfasser: „Er hätte es besser nicht geschrieben." Diesen Wunsch finde ich ganz begreiflich, denn — auch abgesehen davon, daß Barth wegen seiner Haltung im Kirchenkampf von Grob mehrfach angegriffen wird: Barth muß es als unangenehm empfinden, daß die schöne schweizerische Einheitsfront in deutschen Kirchensachen, welche sozusagen alle Leute vom „Volksrecht" über die „Neue Zürcher Zeitung" bis zu ihrem geistigen Leiter Karl Barth umfaßt, im eigenen Lande bedrängt wird. Und zwar in Kernfragen. Grob verwirft nämlich 1. die Ablehnung der natürlichen Gotteserkenntnis durch Barth — 2. die Ablehnung des nationalsozialistischen Staates als Obrigkeit durch Barth — 3. die steife Haltung der radikalen Bekenner in Deutschland — und weist 4. die überbordende schweizerische Kritik in ihre Schranken. Damit sind wesentliche Positionen Barths tangiert.

1. Grob stellt mit Recht fest, daß Barth die von der Heiligen Schrift verkündete natürliche Gotteserkenntnis nicht in genügendem Maße anerkenne. Es handelt sich um die Frage, inwieweit der Mensch trotz des Sündenfalles den Willen Gottes in Natur und Geschichte, also außerhalb von Gesetz und Evangelium, zu erkennen vermöge. Während nun die Heilige Schrift (Röm. 1, 20) sagt: „Sein unsichtbares Wesen, das ist seine ewige Kraft und Gottheit, ist ja seit Erschaffung der Welt, wenn man es in den Werke betrachtet, deutlich zu ersehen", hat Barth bei den Reformierten Deutschlands die Auffassung durchgesetzt, die Kirche weder „könne noch müsse sich außer auf die Offenbarung des dreieinigen Gottes auch noch auf eine dem Menschen trotz des Sündenfalles zugängliche Gottesoffenbarung in der Natur und Geschichte begründen und beziehen." Es handelt sich da um einen Gegensatz höchster Aktualität. Die Deutschen Christen nämlich legen be-